

Der Zerfall der Familie

Die Probleme Kriminalität, Jugendstraffälligkeit und Drogenabhängigkeit beunruhigen weiterhin die singaporeanische Regierung. Als Folge der Ansprache des Premierministers Goh Chok Tong zum Nationaltag, in der er den Zerfall der Familie beklagte und die Singaporeaner aufforderte, sich hinter die Regierung bei dem Versuch, westliche soziale Probleme zu vermeiden, zu stellen, wurde ein Komitee zur Untersuchung der Lage eingerichtet. Der Minister für Gemeinwesenentwicklung, Abdullah Tarmugi, soll diesem Komitee vorsitzen. Es soll nach den Faktoren suchen, welche die Familien zusammenhalten und der Regierung Vorschläge unterbreiten, wie diese gefördert werden können.

In vielen Reden wird auf den ungesunden Import des westlichen Liberalismus hingewiesen, der angeblich für den sozialen Verfall verantwortlich ist. So brachte der Generalsekretär der Gewerkschaftsdachverbandes NTUC und Minister ohne Geschäftsbereich, Lim Bon Heng, seine Bestürzung darüber zum Ausdruck, daß Singaporeaner für die westlichen liberalen Vorstellungen eintreten würden, welche die sozialen Probleme des Westens nicht zu verhindern vermocht haben. Er zitierte das Anwachsen der Scheidungsrate von 4 aus 1.000 Ehen 1982 auf 6 aus 1.000 Ehen 1992, die Zunahme von unehelichen Kindern (eins von hundert Geburten), eine Zunahme von Drogenabhängigkeit - 1991 wurden 4.425 Abhängige festgenommen, 1992 5.600 - und das Anwachsen der Jugendstraffälligkeit. Er rief die Singaporeaner dazu auf, an starke Familien- und an sozialen Werten festzuhalten.

Andere Redner sind jedoch skeptischer. Aussagen über die Zunahme von Jugendstraffälligkeit oder mangelnde Disziplin unter Jugendlichen werden aufgrund der unzuverlässigen Datenbasis in Frage gestellt. Auf die Behauptung hin, daß der westliche Liberalismus verantwortlich sei, wird die Gegenfrage gestellt, was denn die sozialen Werte Singapurs seien.

vgl. STW 12.11.94, ST 3.9.94

Wahlen und Wirtschaftsentwicklung

Ähnlich wie in Malaysia bedeutet die gute Wirtschaftsentwicklung in Singapur, daß die Regierung die besten Chancen bei einer Wahl hat. Es gibt Spekulationen, daß Wahlen im Dezember stattfinden werden. Frühere Vermutungen, sie würden bereits im Herbst stattfinden, haben sich als falsch herausgestellt.

Es gibt Anzeichen, daß Singapur nach sechs Jahren zum ersten mal wieder mit einer zweistelligen Wirtschaftswachstumsrate rechnen kann - im letzten Jahr wurde das mit 9,9% knapp nicht erreicht. Die Elektronikindustrie zeigt den Weg mit einer Zuwachsrate von 28,3%. Das Baugewerbe und

der Dienstleistungsbereich zeigten in der ersten Hälfte dieses Jahre ebenfalls gute Ergebnisse. Die Beunruhigung über die Inflationsrate ist gedämpft, obgleich mit 5% in diesem Jahr gerechnet wird gegenüber 2,4% im letzten Jahr.

Nichtsdestoweniger benennt die Reaktion des Premierministers nach einem Treffen mit Siemens-Vertretern die Ängste der Regierung Singapurs. Er sagte zu Reportern, daß er darüber informiert wurde, daß Siemens keine neuen Investitionen mehr in Singapur tätigen würde, was ihn erschreckt habe. Er wußte, daß Siemens in den nächsten sieben Jahren über eine Millionen US-Dollar in China investieren werde,

den Aufbau eines regionalen Hauptquartiers in Beijing mit eingeschlossen. Dies könne ein Trend sein, dem andere Firmen folgen könnten.

Vertreter von Siemens demontierten umgehend, daß sie solche Aussagen gemacht hätten. Sie versicherten Goh Chok Tong, daß Siemens weitere 300 Mio. US-Dollar in Singapur investieren würde und das sie keinerlei Pläne für den Bau eines regionalen Hauptquartiers hätten. Gohs Mißverständnis zeigt die Angst, daß Investitionen zum Nachteil von Ländern wie Singapur und Malaysia nach China und Vietnam gehen könnten.

vgl. FEER 15.9.94; ST 12., 14.11.94

Gesetzesänderungen

Veränderungen der Verfassung der Republik Singapur, die am 23.9.94 bekannt gegeben wurden, sehen vor, daß dem Obersten Gericht (Supreme Court) eine beratende Rolle in der Interpretation der Verfassung eingeräumt wird. Ferner gibt es kein Vetorecht für den Präsidenten bei Entscheidungen zu Verteidigung und Sicherheit, es sei denn der Premierminister, der Verteidigungsminister, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Verteidigungsstaatssekretär stimmten dem zu.

Die *Criminal Law (Temporary Provisions) Bill* wurde ebenfalls bekannt gegeben, die weitere fünf Jahre die Bestimmung für eine willkürliche

Inhaftierung aufrechterhält. Es handelt sich dabei um die 9. Verlängerung dieser Bestimmung, die 1955 noch unter Kolonialherrschaft zur Bekämpfung der chinesischen Geheimgesellschaften erstmalig eingeführt wurde. Der Innenminister, Wong Kan Seng, erklärte, er würde es vorziehen, einen Kriminellen vor Gericht zu stellen, wann immer es möglich sei. Aber wenn keine Zeugen bereit seien auszusagen und es sich um eine schwerwiegende Straftat handele, müsse an das Gesamtinteresse der Gesellschaft gedacht werden. Er führte den Rückgang der Anzahl von Zusammenstößen mit den Triaden und die Anzahl von Haftbefehlen gegen Mit-

glieder der Triaden - von 165 im Jahr 1984 auf 27 in letzten Jahr - und Drogenhändler - 1984: 128 und im letzten Jahr 9 - als Nachweis für die Wirksamkeit des Gesetzes an. Es gab keinerlei Widerspruch von Oppositionsabgeordneten zu dem Gesetz, obgleich Ling How Doog anmerkte, daß das Gesetz bedeuten würde, jeder könne wegen krimineller Handlungen ohne Gerichtsverfahren inhaftiert werden. Internationale Menschenrechtsorganisationen verurteilen dieses Gesetz als Verletzung der internationalen Menschenrechtsstandards.

vgl. Singapore Bulletin Nov. 1994, ST 24.9.94

Selbstzensur beklagt

Die vorübergehende Einstellung der Zeitschrift der National University of Singapore *Society Commentary* führte zum Rücktritt der Redaktion und zur Kritik an der weitverbreiteten Selbstzensur in Singapur. Nach Aussagen einiger Redakteure, die ehrenamtlich arbeiten, stellt *Commentary* eine der wenigen alternativen intellektuellen Freiräume in Singapur dar. Das Heft, welches vom Universitätspräsidenten zurück-

gehalten wurde, hatte "Kultur" als Schwerpunktthema. Ein Beitrag in diesem Heft verteidigt die Theatergruppe *5th Passage*, der die Regierung nach Vorstellungen Anfang dieses Jahres die Zügel anlegte. Ein weiterer Beitrag erläuterte das "forum theater", auch eine Theaterform, die von der Regierung heftig kritisiert wird.

Der Universitätspräsident soll gesagt haben, daß es richtig war, diese Ausgabe

zurückzuhalten, denn schließlich würden sie sich auf Staatsland befinden und sollten deshalb den Grundeigentümer nicht verärgern. Die Redakteure bestanden jedoch darauf, daß keinerlei Gründe für die Einstellung der Zeitschrift angegeben worden seien und daß es sich hierbei um einen weiteres trauriges Beispiel von Selbstzensur handele.

vgl. STW 12.11.94